

"Hoffnung ist keine Methode!" : ein Kommentar zum TTE-Entscheid des Bundesrates

Autor(en): **Studer, Jürg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **176 (2010)**

Heft 10

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-131219>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

sen. Der gleiche Kompetenzkampf hat soeben bei der neugestalteten Bahnpolizei stattgefunden – gewonnen haben die Kantone. Ebenso hat bereits auch ein Kanton die Forderung gestellt, die Grenzwachaufgaben hinter der Landesgrenze der kantonalen Polizei abzugeben.

Die Konsequenzen der im letzten Abschnitt dargestellten Fehlentwicklung findet man im Kapitel 6 des Entwurfs Sipol B «Strategische Führung und Krisenmanagement». Die vorgeschlagene Strategische Führung zeichnet sich aus durch:

- eine grosse Zahl von Führungsstäben auf Stufe Bund, fraglichen Koordinationsmöglichkeiten, das Fehlen effizienter Durchführungsstrukturen und das alles ohne eigentliche Notstandsgesetzgebung;
- einen Wunschkatalog an die Kantone, bundeskompatible Notstandsorgane zu schaffen;
- das Eingeständnis «Defizite im sicherheitspolitischen Krisenmanagement», S. 71;
- die Anregung zur «Schaffung eines Konsultations- und Koordinationsmechanismus» SVS (KKM SVS) mit bereits geschaffenen Plattformen Bund-Kantone (VBS – KKJPD – EJPD – MZDK); besonders kompliziert wird die Koordination und Kooperation im Bereich Po-

lizeiwesen mit Einbezug von Bund, Kantonen und der Polizeikonkordate.

«Ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben, dass Mehrheiten für eine starke Milizarmee als Sicherheitselement Nr. 1 zu finden sind!»

Nur mit einer eigentlichen Notstandsgesetzgebung mit klaren Führungsabläufen und Kompetenzen könnten Grosskatastrophen wie Erdbeben oder AKW-Gau bewältigt werden. Noch einmal, die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen (Gemäss BV), Subsidiarität und der Organisation von unten, ist zu bejahen! Die Konzentration/Reaktion von seiten des Bundes muss aber jederzeit möglich sein! Andernfalls überholen uns heutige, raschablaufende Krisen – wie gehabt!

Dem politischen Berater der Kantone habe ich unlängst öffentlich meine Vorbe-

halte dargelegt. Er hofft trotzdem, dass die derzeitigen Vorgaben im Sipol B auch im Armeebericht ihren Niederschlag finden werden. Zudem habe ich anlässlich einer politischen Orientierungsversammlung der KOG SG am 21. Mai 2010 in Anwesenheit zweier Mitglieder der Sik NR den Wunsch ausgedrückt, den Sipol B mindestens bis nach den Parlamentswahlen 2011 zurückzustellen. Zurzeit sind Beeinflussungen aus dieser Konstellation zu gross. Überhaupt, packen wir jetzt die Mängelbehebung und die Flugzeugbeschaffung an! Diese Vorhaben sind eigentlich vom Sipol B unabhängig und gestatten einige dringende und präjudizierende Vorarbeiten, wie die Revision von BWIS, vorgängig zur Neuauflage des Sipol B zu bearbeiten.

Und zum Schluss noch dies ... man lese den Sicherheitspolitischen Bericht selber und fürchte sich nicht vor der Macht der Zeit! ■



Div aD
Hubert Hilbi
ehem. Kdt Ter Reg 2
6317 Oberwil b. Zug

«Hoffnung ist keine Methode!»¹ – ein Kommentar zum TTE-Entscheid des Bundesrates

An seiner Sitzung vom 25. August 2010 hat der Bundesrat entschieden, den Tiger Teilersatz (TTE) wegen fehlender Finanzen zu verschieben. Ein Entscheid, den es zu akzeptieren gilt, das Primat der Politik hat gesprochen. Akzeptieren heisst aber nicht verstehen. Im Jahre 2001 hat das Stimmvolk die Schuldenbremse gutgeheissen. Seit 2001 sind also die Finanzen bei den Departementen knapp, wenn auch nicht überall mit der gleichen Härte. Von 2002 bis 2009 haben fast alle Aufgabengebiete ihre Ausgaben gesteigert, zum Teil um 60% (Bildung und Forschung)! Einziges Ausgabengebiet, welches 2009 weniger ausgegeben hat als 2002, ist die Landesverteidigung.

Umso erstaunlicher ist jedoch, dass der Bund 2001/2002 mal eben 1,5 Milliarden Franken locker machen konnte, um eine marode Fluggesellschaft am Leben zu erhalten und 2008 fand der Bund gar 6 Milliarden Franken, um einer maroden Grossbank unter die Arme zu greifen. Was war der Return on Investment? Die nationale Fluggesellschaft ist keine mehr, dort spricht man jetzt deutsch und die Grossbank hat sich dank Bundeshilfe erholt und kann be-

reits wieder als grosszügiger Sponsor der Formel 1 auftreten. Für die eigene Sicherheit hat der Bundesrat nun offenbar kein Geld, auf jeden Fall will er nicht genug bereitstellen.

In einem TV-Interview nach dem TTE-Entscheid hofft der C VBS, dass sich die sicherheitspolitische Situation in Europa nicht wesentlich verändere. Hoffnung als Methode der Sicherheitspolitik, wahrlich ein interessanter Ansatz, mit welchem man vielleicht in anderen Departementen ebenfalls noch etwas Geld sparen könnte. Beispielsweise könnte man hoffen, dass die Kriminalität zurückgeht oder dass die Betreiber ihre Seilbahnen gut kontrollieren. So könnte man ja beim EJPD und beim UVEK auch noch etwas einsparen.

Der Entscheid des Bundesrates, den TTE zu verschieben, spielt in die Hände der GSoA. Erfreut stellen diese fest, dass sie ihre Initiative möglicherweise zurückziehen können, da der Bundesrat ihre Forderung eventuell schon erfüllt hat. Politiker von links bis rechts sind sich bereits heute einig, dass man in Zukunft auch nicht mehr von einem TTE sprechen wird. Man wird also in fünf Jahren erneut die Diskus-

sion führen und mit dem gleichen Argument der fehlenden Finanzen die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges noch einmal hinausschieben. Somit wäre als nächstes der F/A-18 zu ersetzen. Dass ein solcher Ersatz nicht 1:1 erfolgen wird scheint in Anbetracht der Kosten ebenfalls bereits klar zu sein.

Der Entwurf des SPOL B 2010 umschreibt das Ziel der Sicherheitspolitik wie folgt: «Es geht also um Selbstbestimmung auf staatlicher wie individueller Ebene, um die Unversehrtheit des Staates wie der einzelnen Person, um Lebensgrundlagen und Wohlstand. Das soll geschützt und notfalls verteidigt werden, wenn möglich aus eigener Kraft ...». Mit dem TTE-Entscheid des Bundesrates setzt dieser im Bereich Sicherheitspolitik auf die Methode Hoffnung und macht einen Schritt weg von der Selbstbestimmung, hin zur Abhängigkeit von allfälligen Kooperationspartnern. Doch wer will mit einem Land kooperieren, das selber keinen anständigen Beitrag leisten will? St

¹ Gen ret. Gordon R. Sullivan, (1937–) Chief of Staff of the US Army 1991–95